

Hamburg, den 24. August 1923

WIRTSCHAFTSDIENST

»WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN«

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel
Bezugspreis vierteljährl. 1000000 Mark :: In Kommission bei Otto Meißners Verlag, Hamburg
Schriftleitung: Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 5 :: Fernsprecher Hansa 2447-51 und Elbe 5052

8. Jahrgang

Nr. 34

Nach der Entscheidung

Es ist tatsächlich so, daß die Fülle der Entscheidungen, die, von superlativistischem Geschrei begleitet, neun Jahre lang wie ein Sturzregen auf uns niedergegangen sind, unsere Fähigkeit des Erkennens und Reagierens abgestumpft haben. Sonst wäre es kaum möglich, daß die großen Reichstagsbeschlüsse: die Steuergesetze vom 11. August, das Anleihegesetz vom 15. August und, last not least, der Antrag Hertß (angenommen am 16. August) in ihrer vollen Bedeutung bis heute kaum erkannt worden sind, — ja, daß man noch nicht einmal das bislang unerhörte Maß von Selbstentäußerung, Entschlossenheit und Mut bewundert, das diese Beschlüsse enthalten, die in wunderbarer Einmütigkeit, getragen von dem „schönen Mut der Verzweiflung“ zustande kamen. Aber nicht nur, daß diese Entscheidungen in einer anderen Größenordnung rangieren, als die übliche Parlamentsarbeit — sie gehören auch einer anderen Rangordnung an. Durch sie sind Entwicklungen entfesselt worden, die, letzten Endes auf eine völlige Umstellung aller Finanzpolitik und Währungspolitik hinauslaufend, nicht etwa in ein paar Wochen durch andere Beschlüsse aufzuhalten oder abzulenken sind. Und bei der zentralen Wichtigkeit des hier begonnenen Geschehens ist das so viel mißbrauchte Wort wirklich am Platze: daß wir in eine Schicksalswende getreten sind.

Die Öffentlichkeit sieht freilich Probleme über Probleme in der neuen Regelung und Entwicklung; aber da man das zentrale Problem an kaum einer Stelle bisher richtig erkannt hat, ergibt es sich, daß die Problemstellung zumeist unzulänglich und schief ist. In der Vorwoche wurde versucht, dieses zentrale Problem herauszuschälen. Wir sagten, daß der Übergang zur allgemeinen Goldmarkrechnung sich sofort und allseitig dadurch vollziehen müsse, daß eine Stabilisierung der Papiermark mit dem Eindringen der Goldmarkrechnung zugleich erfolgt. Wir sagten, daß die Finanzierung der Budgets oder die Deckung des Defizits unserer Zahlungs-

bilanz durch Notendruck, also durch echte Inflation zunehmen, da die Goldanleihe vorhanden, die Goldmarkkalkulation in vollem Umfang sanktioniert ist, ebenso zur Unmöglichkeit wird, wie eine weitere Inflation aus Diskontierung von Privatwechseln, — daß es also, mit anderen Worten, unmöglich für uns ist, den Kurs der Papiermark inflationistisch zu senken. Denn: die Inflation, als eine indirekte Besteuerung der Besitzer von Papiergeld, der Inhaber von Guthaben und Forderungen, die auf Papiergeld lauten (wozu auch der Besitz von Waren und Forderungen gehört, deren Preis der „Geldentwertung“ nicht in vollem Umfang folgt, wie etwa Wohnungsmieten), setzt voraus, daß Träger dieser Besteuerung vorhanden sind — nun aber, nach Einführung der Goldmarkrechnung allüberall, ist keine Stelle mehr da, die diese Steuer tragen könnte, und die Papiermark hat keinen „Absatzmarkt“ mehr. Dann muß die Inflation, um ihre Aufgabe in der Deckung des Defizits zu erfüllen, ins Groteske anwachsen und mit sich den Währungsverfall in immer schnelleren Wirbeln fortreißen — dann muß aber weiter, sobald das Unvermeidliche, nämlich die Verweigerung der Annahme von Papiergeld, eingetreten ist, der Staat notgedrungen ein neues Zahlungsmittel schaffen. Und wenn diese Schwierigkeiten des Übergangs noch nicht das volle Chaos bedeuten, von dessen Charakter wir in den ersten Augustwochen die erste schwache Vorstellung erfahren haben, so ist nur eine kurze Galgenfrist gewonnen bis zu dem Augenblick, wo die neue Notwährung (nun wirklich „Gold auf Papier“ — ohne Deckungsmöglichkeit), deren Stabilisierung noch weit schwerer sein muß, als eine Stabilisierung heute, ihrerseits inflationistisch verdorben vom Entstehen her, ihren Totentanz vollendet.

Frühere Stabilisierungsversuche konnten „auf Zeit“ sein, konnten mit einem Abgleiten des Stabilisierungsniveaus als einer Möglichkeit bei andringender Inflation rechnen — diese Stabilisierung, zu der wir jetzt bei Ein-

führung der Geldrechnungswährung gezwungen sind, muß endgültig sein — bei Strafe des schrecklichen Endes unseres Seins.

Ist dies erst einmal erkannt, so liegen die nächsten Aufgaben, über deren Erfüllungsnotwendigkeit um jeden Preis dann kein Zweifel mehr besteht, klar zutage.

Die Währungsstabilisierung setzt voraus, daß eine neue Inflation vermieden wird; sie bedingt weiter gewisse börsentechnische Manipulationen, die nur mit Hilfe eines Deviseninterventionsfonds zu leisten sind.

Nicht jede Steigerung des Notenumlaufs ist „Inflation“, — am wenigsten zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Zahlungsmittelschaffung weit hinter dem Zahlungsmittelbedarf zurückgeblieben ist. Dies Selbstverständliche muß betont werden, um die Klagen gewissenloser Dummheit über die „riesenhafte Inflationssteigerung“, die allwöchentlich erschallen, zu entkräften. Ebenso ist die weitverbreitete Ansicht zu widerlegen, daß Steuern in der soeben beschlossenen Höhe inflationistisch wirken müßten — sie tun dies nur bei falscher Kreditpolitik, bedeuten aber, sobald nur die kurzfristig zu gebenden Steuerkredite abgedeckt sind, nichts anderes als eine Verminderung der Inflation. — Wann eine „echte“ Inflation beginnt, läßt sich auf Grund der Zahlen des Notenumlaufs nicht errechnen, da der Rückschluß auf „normale“ Friedensverhältnisse nicht mehr gegeben ist; man wird annehmen dürfen, daß nach restloser Durchführung wertbeständiger Kreditgewährung die Geldflüssigkeit ein Anzeichen für den Inflationsstand bieten wird.

Die Vermeidung des Entstehens einer neuen Inflation wird sich auf drei Gebiete zu erstrecken haben: das Defizit der Finanzwirtschaft und der Fehlbetrag unserer Außenhandels- bzw. Zahlungsbilanz müssen ganz (oder nahezu vollkommen) durch andere Mittel gedeckt werden, als durch Neuausgabe von Noten, — es muß drittens vermieden werden, daß „zusätzliche Kaufkraft“, geschaffen durch eine large Kreditpolitik der Reichsbank, auf den Markt hinausdrängt, so die Passivität des Außenhandels steigernd.

Die Mittel, die hier im einzelnen angewandt werden müssen, sind ebenso leicht zu nennen wie schwierig in die Wirklichkeit umzusetzen. In der Finanzwirtschaft handelt es sich darum, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Viel zu wenig hat bisher die neue Reichsregierung betont, daß die Reform zur guten Hälfte auf der Ausgabenseite liegt. Eine Beschränkung der Ausgaben ist ebenso aus faktischen wie aus psychologischen Gründen notwendig; sie wird, aus freien Stücken durchgeführt, erträglicher sein, als von einer Finanzkontrolle dem Staate aufgezwungen. Daß es mit prozentualen Abstrichen hier nicht getan ist, daß vielmehr, insbesondere in den Reichsbetrieben, konstruktive Gedanken zur Geltung kommen müssen, ist eine allzuoft vergeblich ge-

forderte Notwendigkeit. — Auf der Einnahmeseite sind wohl die dringlichsten Forderungen die nach einer restlosen Valutierung der Steuern und Abgaben in Gold — es ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit, daß bisher nur gewisse Wirtschaftskreise von diesem Zwang betroffen sind — und nach einer Vereinfachung des Steuersystems. Mehr als die Hälfte unserer Steuern bringen die Verwaltungskosten nicht mehr auf; ihre Bearbeitung lähmt den ganzen Apparat der Finanzverwaltung; ihr Vorhandensein bedeutet zwecklose Arbeit und Beunruhigung des Steuerpflichtigen. Vielleicht bringt die entschlossene Liquidierung dieser Verlustposten einen frischen Zug in die Bureaucratie der Finanzämter — vielleicht hilft dies über die große Gefahr hinweg, daß dort, aus den aller- verschiedensten Ressentiments genährt, Gleichgültigkeit und Opposition sich bis zu passiver Resistenz und heimlicher Sabotage verdichten.

Soviel von der Finanzwirtschaft. Um zu vermeiden, daß die angestrebte Währungsstabilisierung von der Seite des Außenhandels her bedroht wird, ist wenig mehr zu tun, als die bisherigen Maßnahmen verlangen: Verbot des Devisenkaufs (Markverkaufs) im Ausland — Überwachung und Einschränkung der Einfuhr.

Dies ist nun freilich durch eine scharfe Kreditpolitik zu unterstützen, die verhüten muß, daß der hohe Preisstand im Innern — „über Weltmarktpreis“ — der eine unvermeidliche Folge der Währungsstabilisierung ist, seinerseits wieder die Kräfte entfesselt, die mit erhöhter Nachfrage nach Devisen ein neues Abgleiten der Währung hervorrufen. Wieder ist hier zu betonen, daß hohe Inlandspreise, also auch Tarife usw., zwar die Tendenz zur Inflation, aber noch nicht diese selbst bedeuten, wenn nur die Kreditpolitik einen Riegel schiebt — sei es durch entsprechende nachträgliche Aufschläge zum Diskont, sei es durch den einfacheren Übergang zu Goldkrediten.

Dieser allgemeine Übergang zur Goldrechnung, in dem wir mitten drin stehen, wenschon die rein buchungstechnischen Maßnahmen stark nachhinken, wird nun auch erlauben, sauber zu kalkulieren und wird ermöglichen, den Wucher wieder zu erkennen und bei Namen zu nennen, gleichgültig, ob er vom Fabrikanten ausgeübt wird, der „freibleibende“ Goldpreise mit unsinnig hohen Verzugszinsen berechnet, oder vom Arbeiter, der „Goldlöhne“ über Friedensstandard fordert. Es ist aber auch notwendig, daß der Staat das Seinige dazu tut, den Übergang möglich gleichmäßig und reibungslos zu schaffen. Ein Diskontsatz von 30 v. H. auf Goldkredite ist unberechtigt und falsch. Verschieden hohe Schlüsselzahlen für die Tarife von Eisenbahn und Post, womöglich noch kurzfristig wechselnd, verschärfen die Unsicherheit der Kalkulation. Das Ziel muß auch hier sein, einen einzigen und allgemeinen Umrechnungsfaktor, d. i. einen denkbar allgemein gültigen „Goldmarkkurs“ zu schaffen.

Dieser „Goldmarkkurs“, dessen relative Stetigkeit gerade jetzt, ehe die Maßnahmen der Währungsstabilisierung wirksam werden, notwendig ist, kann nur durch eine entsprechende Manipulierung des Devisenkurses ebenso wie des Kurses der Dollarschatzanweisungen und der Goldanleihe so gehalten werden, wie es den unabweisbaren Forderungen entspricht. Diese Forderungen läuten dahin, daß der Kurs eines Goldwertes des Reichs nicht niedriger sein darf, als der Kurs einer Auslands-währung von Goldwert. Das Reich muß sich dieses Maß von Kredit nötigenfalls erzwingen. Gut wäre es, wenn die Reichsregierung jenen irrsinnigen Einspruch der Reparationskommission gegen die Goldanleihe nicht unwidersprochen ließe — leicht genug ist es ihr gemacht, dem Widersinn zu entgegnen, der eine „erste Hypothek“ fordert und verbieten will, daß die Fundamente neu gefestigt werden. Notwendig wäre es, daß die Regierung

jene hämische Interessentengruppe, die auf „Goldwertbesitz“ gestützt, Staat und Währung entbehren und eine „Privatwährung“ sich schaffen zu können glaubt, von der Bonität der Anleihe dadurch überzeugt, daß sie durch ausreichende Steuerbelastung ad oculos die vorhandene Deckung demonstriert.

Das Reich hat eine wertbeständige Anleihe beschlossen, am 15. August. Damit ist eine Entwicklungsreihe festgelegt, die mit dem allgemeinen Übergang zur Goldrechnung beginnt, die eine Währungsstabilisierung bedingt, den Budgetausgleich, handelspolitische und kreditpolitische Maßnahmen, eine neue Interventionspolitik, und hundert andere Schritte, zwangsläufig verlangt und aus sich heraustreibt. Zwangsläufig: wenn nur die Währung weiterleben soll, die das Reich zu seinem Fortbestehen braucht, so wie wir das Reich zu unserm Dasein brauchen. E. T.

Goldmark und Markentwertung

Die folgende Erwiderung auf den Aufsatz »Zur Lage« in Nr. 32 ist uns von dem Direktor eines Großindustriewerkes zugesandt. Wir geben diese Zuschrift gern unsern Lesern zur Kenntnis, da sie kennzeichnend für den Standpunkt und die Gedankengänge derjenigen Kreise ist, die die praktische Führung unserer Wirtschaft in den jetzigen entscheidenden Stunden haben. Die Schriftleitung.

Der Aufsatz „Zur Lage“ enthält manches Wahre, aber eine Darstellung von der eigentlichen Ursache der Geldentwertung, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Verurteilt werden in dem Aufsatz die technischen Heilmittel, aber als Hauptgrund für die Markentwertung wird ein solcher technischer Art angegeben, und zwar der Übergang zur Goldmarkrechnung.

Der Aufsatz unterschiebt der Wirtschaft, daß sie Goldmark mit Papiermark kaufen wolle und nimmt fälschlich an, daß die Wirtschaft auf die Einrichtung von Goldmarkkonten Wert lege. Die Wirtschaft will weder mit Papiermark Goldmarkguthaben kaufen, noch hat sie ein Interesse an der Eröffnung von Goldmarkkonten. Ihr genügt es, daß der Devisenverkehr für ihre Bedürfnisse nicht eingeschränkt wird und sie Devisenkonten für ihre Einfuhrbedürfnisse unterhalten kann.

Die Bezeichnung „Goldmark“ wurde gewählt, um einen allgemein verständlichen, einheitlichen, unveränderlichen Wertmaßstab zu haben und den Wirrwarr zahlreicher Wertmesser — Dollar, Shilling, Schweizer Franken usw. — zu vermeiden. Da die Wirtschaft im Inland fast nur Papiermark einnimmt, damit nicht täglich die verbrauchten Rohstoffmengen ersetzen kann, sondern in gewissen Abständen größere Posten kaufen muß, ist sie gezwungen, in den Zwischenräumen den Papiermarkerlös wertbeständig anzulegen. Sie macht das durch Kauf von Devisen, und zwar meist derjenigen, deren sie für ihre Käufe bedarf.

Zur Berechnung in Goldmark ist die Wirtschaft gezwungen, weil die Verluste zwischen Lieferung und Ablauf des Zahlungszieles bei der Schnelligkeit der Markentwertung so groß wurden, daß sie nicht getragen werden konnten.

Eine Einführung von Goldmarkkonten ist durch die Preisberechnung in Goldmark nicht erforderlich. Die Goldmarkkonten ohne Devisenunterlage werden vielmehr von den meisten Wirtschaftlern für verfehlt und verhängnisvoll gehalten. Die Goldmarkpreisberechnung steigert in keiner Weise den Devisenbedarf über das zur Deckung der Einfuhr notwendige Maß.

Daß die Wirtschaft Devisen braucht, um die Einfuhr der von ihr benötigten Rohstoffe sicherzustellen, ist selbstverständlich. Daß die Wirtschaft mehr Devisen braucht, als sie durch Export hereinbringt, ist ein Grund der Markverschlechterung, aber nicht Schuld der Wirtschaft, sondern Schuld der Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und Schuld weiter Volkskreise.

Die Eingriffe des Staates bestehen in Reparationszahlungen und Sachlieferungen, der Einschränkung des Devisenverkehrs, in dem Verbot des Verkaufes zu Devisen im Kleinverkauf, in der Wuchergesetzgebung, dem Mieterschutz und anderen Gesetzen zur Knebelung der Preisbildung, besonders aber auch in dem Gesetz über die Beschränkung der Arbeitszeit und der Einstellung neuer Beamter in immer zahlreicher werdende Ämter und in den Geschenken des Staates an die Benutzer der Eisenbahn und Post durch zu niedrige Tarife. Die Ausgaben für Reparationsleistungen, Beamtengehälter usw. muß der Staat der Wirtschaft entziehen oder durch die Notenpresse decken.

Die Devisenverordnung, Wucher- und Mietgesetze usw. erzwingen, daß Waren und Leistungen zu niedrigeren Preisen abgegeben werden müssen, als sie beim freien Verkehr erreichbar sind. Sie erzwingen damit zum Schaden eines Teiles des Volkes, daß ein anderer Teil zu billig einkaufen, wohnen kann usw. Wenn dieser bevorzugte Verbraucherkreis noch dazu in der Lage ist, seine Einkünfte durch Zusammenschluß in Gewerkschaften und mit den Mitteln der Straße usw. auf eine Höhe zu bringen, die zu seiner Arbeitsleistung und Erzeugung in keinem Verhältnis steht, so wird dadurch